

Neue Initiative gegen AKW

Energiepolitik Eine neue Volksinitiative verlangt den Ausstieg aus der Atomenergie. Diese will den Betrieb von AKW verbieten. Auch der Bau und die finanzielle Beteiligung im Ausland zur Belieferung des hiesigen Energiemarktes sollen Schweizer Unternehmen und Personen untersagt werden. Bei einem Ja müssten die bestehenden AKW gestaffelt vom Netz gehen: Beznau I und II sowie Mühleberg ein Jahr nach Annahme der Initiative, Gösgen 2024 und Leibstadt 2029. Das sind dieselben Fristen, welche die Grünen mit ihrer Atomausstiegsinitiative gefordert hatten. Diese haben Volk und Stände letzten November abgelehnt. Der Nein-Stimmen-Anteil betrug 54 Prozent. Das Energiegesetz, über das am nächsten Sonntag abgestimmt wird, verbietet den Bau neuer Atomkraftwerke. Die bestehenden dürfen so lange am Netz bleiben, wie die Aufsichtsbehörde sie als sicher einstuft.

Hinter der Initiative steht ein Zürcher Verein, dem keine eidgenössischen Parlamentarier angehören. In der Anti-AKW-Szene ist er unbekannt. Die Organisation «Nie Wieder AKW» (NWA) mit rund 2000 Mitgliedern schreibt kritisch, dass die eigentliche Abstimmung zum Atomausstieg am 21. Mai stattfindet. Grundsätzlich stelle sich aber schon die Frage, wie sinnvoll es sei, so kurz nach der Abstimmung vom November eine fast identische Initiative zu lancieren. (sda)

Hilfe für Darfur wird fortgesetzt

Kriegsgebiet Didier Burkhalter empfing gestern den sudanesischen Aussenminister Ibrahim Ghandour. Thema des Gesprächs war der Konflikt in Südsudan. 3,5 Millionen Menschen sind wegen des Bürgerkriegs unter anderem in den Sudan geflohen. Viele sind von einer Hungersnot bedroht. Burkhalter bat die sudanesischen Regierung, den Zugang für die humanitäre Hilfe der Flüchtlinge zu ermöglichen, die sich in den Regionen Darfur, Südkordofan und Blauer Nil befinden. Weiter kündigte er an, dass die Schweiz ihr Engagement in der ehemaligen Konfliktregion Darfur fortsetzen werde. Der Fokus liegt dabei laut dem eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten auf der Ernährungssicherheit und dem Schutz von Migranten. (sda)

Gegen Deckelung der Cheföhne

Gehälter Der Bundesrat soll dafür sorgen, dass die Chefs von bundesnahen Unternehmen keine überhöhten Löhne erhalten. Das fordert die Staatspolitische Kommission des Ständerates (SPK). Der Grund: In der Bevölkerung hat diese einen verbreiteten Unmut gegenüber den Gehältern festgestellt. Eine gesetzliche Obergrenze lehnt die Kommission allerdings ab. Der Bundesrat soll nun den gesetzlichen Auftrag erhalten, im Rahmen der Eignerstrategie für die jeweiligen Unternehmen eine Bandbreite angemessener Vergütungen zu bestimmen und durchzusetzen. (sda)

«Die Auswirkungen sind fatal»

Medikamente Mit Nachahmerpräparaten liessen sich Millionen einsparen. Axel Müller, Geschäftsführer der Generika-Vereinigung, sagt, wieso dies nicht geschieht und warum tiefere Preise nicht zum Ziel führen.

Interview: Balz Bruder

Axel Müller, die Pharmabranche warnt entweder vor dem Bedeutungsverlust des Forschungsstandorts Schweiz oder beklagt den Preiszerfall bei den Medikamenten. Warum das Gejammer?

Ach was, wir jammern überhaupt nicht. Wir machen bloss darauf aufmerksam, dass die Wertschöpfung, welche die Pharmaindustrie schafft, nicht vom Himmel fällt. Und dass wir Generikahersteller zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen schon viel beigetragen haben.

Nun wehren Sie sich abermals – gegen das Referenzpreis-Modell für patentabgelaufene Arzneimittel. Weshalb sind Sie gegen Höchstbeiträge für die Erstattung von Medikamentenpreisen durch die Krankenkassen?

Ganz einfach, weil die Menschen in der Schweiz keine Einschränkung der Wahlfreiheit wollen. Es wäre einfach unsozial, müsste der Patient den Differenzbetrag aus der eigenen Tasche zahlen, wenn nicht das günstigste Medikament zur Anwendung kommt.

Das sagen ausgerechnet Sie als Bannerträger der generischen Industrie. Schlägt da der kaufmännisch denkende Apotheker durch, der Sie sind?

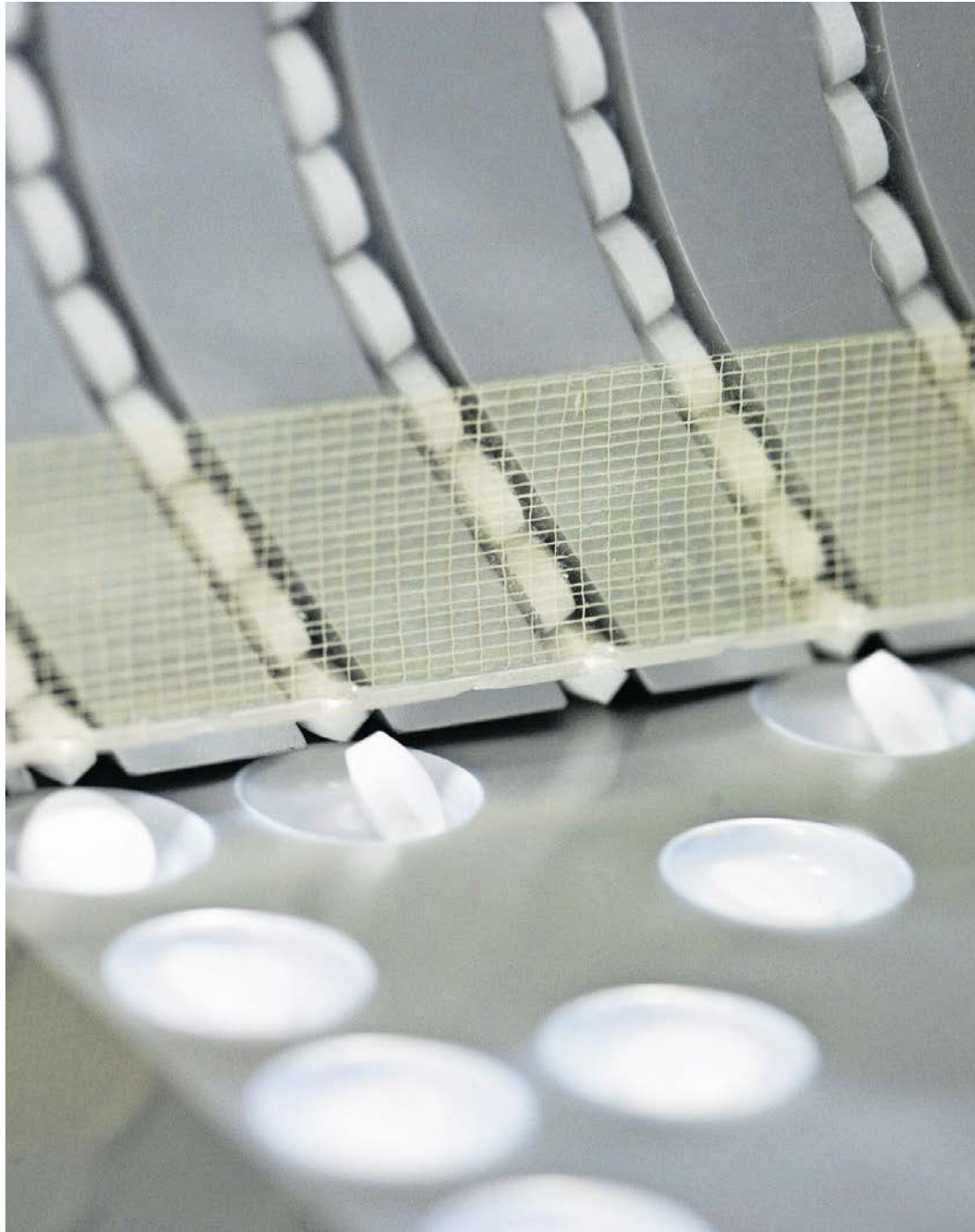
Das hat damit nichts zu tun! Die Schweiz ist schlicht kein Billigmedizinland. Die Leute wollen für das Geld, das sie als Prämienzahler auslegen, eine qualitativ hochwertige Versorgung. Das schliesst selbstverständlich nicht aus, dass auch patentfreie Medikamente zum Einsatz kommen, im Gegenteil. Generika haben auch hierzulande noch viel Potenzial.

Das glauben wir Ihnen gern. Die Medikamente sind in der Schweiz ja auch rund 50 Prozent teurer als im europäischen Ausland.

Ach, diese Platte kennen wir. Ja, es stimmt, dass Generika in der Schweiz teurer sind als beispielsweise in Deutschland. Das hat mit den höheren Lohnkosten, den kleinen Chargen, mit denen die generische Industrie in der Schweiz arbeiten muss, und dem zusätzlichen Zulassungsverfahren bei Swissmedic zu tun. Fakt ist, dass die Preise von Generika sinken – zum Teil bis an den Punkt, wo sich die Industrie fragen muss, ob sich die Produktion noch lohnt.

Bund will Referenzpreise festlegen

Um Kosteneinsparungen bei Generika zu ermöglichen, hat der Bundesrat beschlossen, ein Referenzpreissystem für Medikamente, deren Patent abgelaufen ist, auszuarbeiten. Damit kann das Bundesamt für Gesundheit den Höchstpreis festsetzen. Die Massnahme bedingt eine Änderung des Krankenversicherungsgesetzes. Sie wird im Lauf des Jahres in die Vernehmlassung geschickt und soll 2020 in Kraft treten. Eine Allianz von Pharma-



Der Marktanteil von Generika beträgt 14 Prozent.

Bild: Gaëtan Bally/Keystone (Aesch, 1. Februar 2010)

Sagen Sie uns: Wo liegt das Potenzial der Generika genau – und für wen?

Vorweg: Wenn es keine Generikagabe, wäre das Prämienvolumen schon heute 1 Milliarde Franken grösser. Das ist ein Betrag, der Jahr für Jahr anfällt. Und es würde mehr drinliegen: Wertmässig beträgt der Marktanteil der Generika bloss 14 Prozent, mengenmässig bloss 27 Prozent. Durch den konsequenten Einsatz könnten jährlich ohne weiteres gegen 200 Millionen Franken zusätzlich eingespart werden.

Weshalb passiert es nicht?

Die Anreize sind falsch! Im Schweizer Medikamentenmarkt gewinnt die beste Marge. Das heisst, die teuren Originale werden bevorzugt, weil Ärzte und Apotheker ökonomisch «bestraft» werden, wenn sie Generika abgeben.

«Die Schweiz ist schlicht kein Billigmedizinland.»



Axel Müller
Geschäftsführer Intergenerika

Genau deshalb braucht es in der Schweiz ein Referenzpreissystem.

Das ist eben ein Grundlagenirrtum. Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass der Gebrauch von patentierten teuren Medikamenten, die nicht dem Referenzpreissystem unterliegen, steigt, um die Patienten vor dem Ausgleich des Differenzbetrags zu schützen. Umgekehrt führen Preissenkungen zu Mengenausweitungen bei Generika. Der Spareffekt wird also aufgehoben.

Aber die Generika-Preise würden sinken.

Ja, das stimmt. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Die andere Hälfte: Derweil Generikahersteller ihre Preise meist auf Referenzpreis-Niveau senken, sind Originalhersteller versucht, Generika zum Referenzpreis zu

lancieren und den Preis des Originals hochzuhalten. Übrigens, Produkte, die nicht dem Referenzpreis unterliegen, werden tendenziell teurer. Das hilft dem Sparen auch nicht, im Gegenteil.

Es herrscht der Eindruck vor, bei den Medikamenten gehe es häufiger um die Preise als um den Patientennutzen. Es sei denn, man könne mit der behaupteten Wahlfreiheit des Patienten Politik in eigener Sache machen.

Nein, nein, so ist das nicht. Es stimmt zwar, dass Ärzte und Apotheker bestimmend sind, wenn es um den Medikamenteneinsatz geht. Das ist auch richtig so, weil sie die Fachleute sind. Vergessen wir aber nicht: Eine sichere und stabile Medikamentierung ist hochgradig sinnvoll für die Patienten. Der preislich bedingte ständige Wechsel von wirkstoffgleichen Medikamenten führt erstens zu mangelnder Therapietreue und zweitens zu Übermedikation. Das ist dann für die Patienten hochgradig schädlich.

Wenn Sie keine Referenzpreise wollen, was wollen sie dann?

Ich sage es so: Das Schweizer Gesundheitssystem braucht Versorgungssicherheit, Wahlfreiheit, Therapietreue und Innovationen. Dazu kann die generische Industrie wesentliche Beiträge leisten. Aber es braucht gleich lange Spiesse, wenn es um den Entscheid zwischen Original und Generikum geht. Es braucht keinen Wechsel zum Referenzpreissystem, weil sich das aktuelle System des differenzierten Selbstbehaltes bewährt hat.

Was passiert, wenn die Waffengleichheit nicht hergestellt und mit Referenzpreisen überlagert wird?

Die Durchdringung des Schweizer Medikamentenmarkts mit Generika ist derart gering, dass die Anbieter bei starkem Preiszerfall schlicht die Vermarktung einstellen könnten. Das führt zur Abhängigkeit von wenigen Anbietern und birgt die Gefahr von Medikamentenengpässen. Und nicht nur dies: Auch die Innovation wird abnehmen. Spezielle galenische Formen für Senioren und Kindern beispielsweise werden nicht mehr hergestellt, verwechslungssichere Verpackungen werden verschwinden.

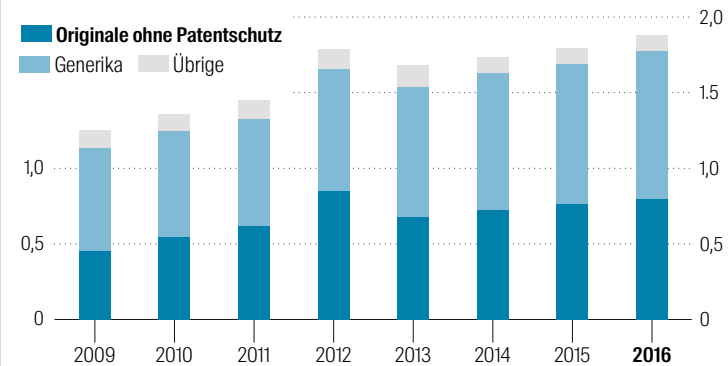
Sie malen den Teufel an die Wand.

Nein, ich beschreibe ein realistisches Szenario. Schauen Sie in die EU, die Referenzpreise kennt. Obwohl der Markt ungleich grösser ist als jener in der Schweiz, sind die Auswirkungen fatal. Wir sollten die Fehler, die in Europa gemacht wurden, nicht importieren.

Zur Person

Der promovierte Apotheker Axel Müller (60) ist seit Mai 2016 Geschäftsführer von Intergenerika, der Vereinigung der führenden Generikafirmen der Schweiz. Der gebürtige Deutsche, der im vergangenen Jahr das Schweizer Bürgerrecht erlangte, ist seit drei Jahrzehnten in führenden Positionen in der Generikabranche tätig.

Umsatzentwicklung des Generikamarkts in der Schweiz in Milliarden Franken



Quelle: Quintiles IMS, BWA Consulting / Grafik: mop